

Kreishaushalt 2010

Verabschiedung am 05.02.2010

Stellungnahme der FWG-Kreistagsfraktion

Hans Hümmer, Fraktionsvorsitzender

Es gilt das gesprochene Wort !!!!

Es ist Realität geworden was wir bei der Verabschiedung des Vorjahreshaushaltes 2009 prognostiziert haben. Innerhalb von zwei Jahren werden wir eine extreme Steigerung der Kreisumlage erfahren, die die Handlungsfähigkeit der Gemeinden entscheidend schwächt und auch die Existenz etlicher Gemeinden bedroht. Ob eine solche Entwicklung positiv verändert werden kann erscheint gerade auch unter den vorliegenden Haushaltszahlen 2010 mehr als unwahrscheinlich.

Ich will für meine Fraktion auch die zunehmenden zukünftigen existenziellen Probleme für die Gemeinden anführen, die sich durch diesen Kreishaushalt verstärken. Schließlich ist die Freie Wählergemeinschaft die politische Gruppierung mit den meisten Bürgermeistern im Landkreis und diese sind eben ihrer Bürgerschaft besonders verpflichtet.

Es ist unbestritten, dass diese Probleme überwiegend nicht durch das Handeln des Landkreises und seiner Haushaltswirtschaft entstanden sind. Da aber die Gemeinden die größten Investitionsträger in diesem Land sind, führt diese weitere Einschränkung der gemeindlichen Handlungsfähigkeit nicht zum erhofften Konjunkturaufschwung mit der notwendigen Belebung des Arbeitsmarktes, zumindest in unserer Region.

Es wäre sicherlich einfach, wenn wir heute umsetzbare Vorschläge unterbreiten könnten, die das Haushaltswerk so verändern, dass andere Möglichkeiten geschaffen würden. Solche Änderungspotentiale sind zwar in geringem Maße vorhanden, erzielen aber nicht das benötigte Volumen an Ergebnis.

Deshalb werden wir dem vorgelegten Haushaltswerk zustimmen, aber wir möchten hier klar und ohne Umschweifungen zum Ausdruck bringen, dass so in Zukunft nicht weiterverfahren werden kann. Schmerzliche Einschnitte werden nötig sein.

Wir stellen weiter fest, dass die Einführung der doppelten Buchführung keine Vorteile mit sich gebracht hat, sondern nur einen deutlich höheren

Verwaltungsaufwand, der sich in einem Drittel mehr Buchungsvorgängen, in der Summe 200.000 Buchungen, widerspiegelt und kostenmehrend wirkte. Dass außer uns nur zwei weitere Landkreise in Oberfranken dieses neue Rechnungswesen eingeführt haben, spricht nicht gerade dafür, dass große Überzeugung andernorts für die Doppik vorherrscht.

Nach wie vor unbeantwortet ist die Frage, wieso Bund und Land diese Haushaltsform nicht eingeführt haben. Ist ein generationengerechtes Erwirtschaften von Ressourcenverbrauch, Werteverzehr, Abschreibungen oder Pensionsrückstellungen hier nicht angesagt? Oder würden bei durchgängig gleichen Rechnungswesen die wahren Verwerfungen der öffentlichen Finanzwirtschaft ans Tageslicht kommen?

Mit Verlaub, was nützt es, wenn wir uns für den Landkreis einbilden, durch die Einführung der doppelten Buchführung wirtschaften wir generationengerecht? Beim genauen Blick auf das Zahlenwerk 2010 müssen wir feststellen, dass wir in 2009 und 2010 ca. 11.000.000,-- € neue Schulden (netto nach Tilgungen) aufnehmen. Dies ist eine gigantische Steigerung von fast 45% und man kann hier sicherlich nicht von generationengerechtem Wirtschaften sprechen sondern eher vom Leben zu Lasten Nachfolgender.

Wir verkennen hier sicherlich nicht, dass die beabsichtigten und dargestellten Investitionsmaßnahmen mit Hauptschwerpunkten in Bildung und Strassen notwendig sind. Trotzdem sind wir aufgefordert, das Resultat dieser enormen Schuldenmehrung verstärkt zu beachten.

Vor allem weil wir mit trügerisch niedrigen Zinsen kalkulieren. Die Situation am Kreditmarkt lässt ein Schuldenmanagement über variable Verzinsung im Rahmen des Euribors zu und beschert uns eine Zinsbelastung von nur 873.000,-- €. Bei einer unter Umständen schon geringfügigen Trendveränderung der kurzfristigen Zinsen muss unverzüglich gehandelt werden um dann langfristig mit niedrigen Zinsen absichern zu können. Erreicht man eine günstige langfristige Verzinsung von durchschnittlich 4 % bedeutet dies allerdings schon einen Zinsanstieg auf 1.400.000,-- € oder eine Mehrung von 60 %.

Tatsache ist, dass wir mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 329,-- € schon sehr deutlich über der Durchschnittverschuldung der Landkreise liegen.

Kaum mehr zu schultern wird bald die Kreisumlage für unsere Gemeinden sein. Das gebetsmühlenartige Wiederholen, wir hätten mit 41 % in Oberfranken noch den günstigsten Hebesatz, ist bei Betrachten der Einhebungssumme von 31.151.756,13 € relativ. Tatsächlich heben wir bei

unseren Gemeinden innerhalb von zwei Jahren 7.670.712,05 € oder ganz prägnant ein Drittel mehr ein. Das sind die Fakten. Die Frage muss schon erlaubt sein, ob unsere Gemeinden wohl auch Einnahmesteigerungen von einem Drittel zu verzeichnen hatten und ob Sie für unser Begehren zu dieser Leistungserbringung noch in der Lage sind oder ob wir einer neuerlichen Gemeindegebietsreform mit Vorschub leisten?

Häufig ist der Fall, dass die Gemeinden zusätzlich mit Einnahmerückgängen bei der Einkommensteuer, Gewerbesteuer und den Schlüsselzuweisungen zu kämpfen haben.

Deshalb ist dieser Vergleich der Hebesätze schon unter der Prämisse der Leistungserbringung anderer Landkreise nicht möglich. Viele müssen Defizite für Krankenhäuser über die Kreisumlage ausgleichen oder unterhalten Einrichtungen, die bei uns von Gemeinden getragen werden.

In Anbetracht des weiterhin schwierigen wirtschaftlichen Umfeldes wird das Allzeithoch an Kreisumlage kein Ausreißer sein. Im nächsten Jahr wird uns z.B. die Diskussion um weitere Steigerungen bei der Bezirksumlage bei der Festsetzung der Kreisumlage erneut belasten.

Meiner Fraktion ist selbstverständlich bewusst, dass unter Maßgabe des überraschend niedrig festgestellten Eigenkapitals, Handlungsspielräume zum Meistern solch extrem schwieriger Haushaltsverwerfungen eng bemessen sind. Die Doppik wird uns hier eindeutig mehr fesseln als befreien, denn Fehlbeträge im Ergebnishaushalt können mit dem Eigenkapital mangels Vorhandenseins nicht verrechnet werden.

Hingewiesen haben wir aber des Öfteren auf die galoppierend gestiegenen Personalkosten. Hier haben wir in begrenztem Maße schon ein geringeres Steigerungspotential als das nun zu vollziehende gesehen. Ob Altersteilzeitregelungen in dieser Anzahl und mit Einstiegszeitpunkten weit unter 60 Jahren notwendig gewesen wären, wurde von uns wiederholt in Frage gestellt.

Eine Personalkostensteigerung von ca. 2.000.000,-- € oder ca. 20% innerhalb von 2 Jahren, bei gleichbleibender Aufgabenstellung, ist in solch schwierigen Zeiten eigentlich schwer vermittelbar und verständlich. Lagen wir bei der festgestellten Jahresrechnung 2007 mit Personalaufwendungen von ca. 93,-- € pro Einwohner noch deutlich unter dem Bayerischen Landesdurchschnitt von ca. 100,-- € so bewegen wir uns mit einem Einwohneraufwand von 116,50 € in 2010 bereits deutlich über dem Durchschnitt. Diese Vorzeichenveränderung in einer solch kurzen Zeit muss uns nachdenklich stimmen.

Sicherlich ist auch hier vieles begründbar.

So zum Beispiel der Einstieg in die Jugendsozialarbeit an den beiden großen Hauptschulen des Landkreises in Pegnitz und Weidenberg. Dies wird von meiner Fraktion ausdrücklich begrüßt. Unsere Gesellschaft hat sich im Vergleich zu den Zeiten, wo wir Schule besucht haben, gravierend verändert – auch in den ländlich strukturierten Bereichen.

Andere schwierigere Familienstrukturen, viele Alleinerziehende, Kinder aus Hartz-4-Familien, Kinderarmut, geändertes Freizeitverhalten, Gewaltvideos und Internet verstärken eben die Probleme an den Schulen.

Im Gegensatz zu anderen Landkreisen und kreisfreien Städten in Oberfranken war diese Schulsozialarbeit schon etwas vernachlässigt. Zweifellos wäre hier das Land Bayern in der Pflicht, weil der bayerische Staat für die Stellung des Personals an Hauptschulen zuständig ist.

Wenn wir uns nun als Landkreis bereit erklären diesen Beitrag zur Einstellung von zwei Sozialpädagogen zu leisten, sollte es sich der Landkreistag zur Aufgabe machen, in Zukunft das Land Bayern in die Pflicht zu nehmen. Denn wie aus der geschilderten Personalkostenmehrung ersichtlich ist, sind wir eigentlich nicht in der Lage dieses zu leisten.

In diesem Zusammenhang müssen wir jedes Jahr enorme Steigerungen in den Fachbereichen Jugend und Familie, heuer um ca. 300.000,-- € auf ca. 5.250.000,-- € und im Fachbereich Soziale Hilfen-Grundsicherung um 650.000,--€ auf 6.850.000,-- € hinnehmen. Es ist wie bei einer Rolltreppe, es geht automatisch nach oben.

Dies kann der kommunale Sektor auf Dauer nicht mehr leisten. Hier müssen andere oder veränderte Gesetze Abhilfe schaffen. Allein die Kosten für Unterkunft nach SGB II steigen um annähernd 800.000,-- € während zeitgleich die Bundeserstattung durch die geltenden Finanzmechanismen von 25,4 % in 2009 auf 22,9 % in 2010 reduziert wird.

Unsere feste Überzeugung ist, dass es ein „Weiter so“ nicht geben kann und wird. Selbstverständlich hoffen wir auf eine Gemeindefinanzreform, die uns aus dieser Misere befreit. Tabus kann es nicht geben. Die Gewerbesteuer trägt nach meiner Meinung in ihrer jetzigen Form dazu bei, dass die reichen Gemeinden noch reicher und die Ärmeren noch ärmer werden, dass sich der Wegzug in die Ballungsräume und Boomregionen bei uns beschleunigt und eine Überalterung eintritt. Nicht das ich falsch verstanden werde, merke ich schon an, dass es reiche Gemeinden bei uns im Landkreis und in den allermeisten Teilbereichen auch in Oberfranken

definitiv nicht gibt. Alle hängen am Schlüsselzuweisungstropf des Freistaates.

Mit dieser existierenden Finanzierungsform im Kommunalsektor wird die Grundgesetzborgabe nach gleichen Lebensverhältnissen nie mehr erreicht werden können, im Gegenteil: die Ungleichgewichte werden sich noch deutlich verstärken.

Die Anhebung des Kommunalanteils am allgemeinen Steuerverbund von 11,94% auf 12% ist als Schritt richtig im Volumen aber so etwas von minimal. Wir fordern die Erhöhung auf 15% um die Überlebensfähigkeit der Gemeinden zu verbessern vor allem aber um die Gemeinden als Investitionsträger zu erhalten. Denn trotz Erhöhung von 0,06% sinken die Leistungen aus dem allgemeinen Steuerverbund wegen der Wirtschaftskrise in der Summe um 3,5%.

Auch die Erhöhung des kommunalen Kraftfahrzeugsteueranteils von 51 auf 65% ist für uns eine solche Möglichkeit um die Landkreise und Gemeinden beim Unterhalt ihres gigantisch großen Straßennetzes anders als bisher unter die Arme zu greifen. Alleine die Straßenbaumaßnahmen als größter Investitionsblock verursachen einen Investitionsbedarf von 5.100.000,-- €. Ein höherer KFZ-Steueranteil hätte den Nettoaufwand reduzieren können. Dies würde selbst das Herz unseres Kollegen Lappe vor Freude zum Beben bringen.

Dies sind Forderungen an die hohe Politik in München und Berlin. Wir können hier nur unsere Vertreter bitten und auffordern, im Interesse der Landkreise und Gemeinden Veränderungen vornehmen.

Im Landkreis sehen wir Veränderungsmöglichkeiten im Marketingbereich. Im nächsten Jahr läuft die Projektförderung für das Regionalmanagement Stadt und Landkreis Bayreuth aus. Es ist darüber zu befinden, ob dies unter zunehmendem Finanzaufwand so beibehalten werden kann. Wir denken an die Möglichkeit, etliche vergleichbare Einrichtungen unterschiedlicher Aufgabenstellung unter Effizienzgesichtspunkten komprimiert zusammenzufassen. Es entseht schon manchmal der Eindruck, dass vieles Vergleichbares produziert wird, nur von mehreren. Regionalmanagement, Wohlfühlregion Fichtelgebirge, ZV Förderung Fremdenverkehr Fichtelgebirge, Rund um die Neubürg, Fränkische Schweiz, QuB/Lokale Agenda usw.. Im Übrigen sind nicht die Konzepte bedeutend sondern was umsetzbar, sinnvoll und vor allem finanzierbar ist.

In der Zusammenarbeit mit der Stadt Bayreuth sind wir aufgrund einiger Verlautbarungen und Forderungen schon skeptisch ob Partnerschaft die

Grundlage ist. Ich erinnere nur an manche Äußerungen auch von Verbandsräten des Regionalmanagements in punkto Ansiedlung des Fraunhofer Instituts in Waischenfeld. Oder an die Mehrung bei den Schülerbeförderungskosten. Durch die jetzt erhobene Forderung der Stadt Bayreuth müssen wir für die Beförderung der Schüler im Stadtverkehr 87.000,- € neu an die Stadt Bayreuth abdrücken.

Hier verkennt die Stadt Bayreuth schon, dass sie durch unsere Schulen im Stadtgebiet, durch die Krankenhäuser und auch durch das Landratsamt einen ungeheuren Zentralitäts- und Kaufkraftgewinn erzielt. Ob alles aufgerechnet werden muss ist zu bezweifeln.

Auf das schärfste protestieren wir bei der Absicht Parkgebühren auf den Parkplätzen des Klinikums und der Hohen Warte einzuführen. Der große Teil dieser Gebühren ist von den Landkreisbürgern zu schultern, denn der Bürger aus der Stadt fährt beinahe im Minutentakt mit dem Stadtbus an. Unsere Bürger sollen somit neben den Anfahrtsmehraufwand noch zusätzlich zur Kasse gebeten werden. Ich erinnere zum Zeitpunkt der Fusion waren zig-Millionen als Rücklage vorhanden. Da machen es sich der Geschäftsführer Ranftl und die Verbandsräte schon etwas leicht, vor allem weil viele private Kliniken keine Parkgebühren erheben. Wir werden deshalb einen Antrag in den Kreistag einbringen, dass der Landkreis den Zweckverband auffordern möge, auf die Einführung von Parkgebühren zu verzichten.

Beim beschlossenen Konzept 2020 im Bereich des Brand- und Katastrophenschutzes setzen wir auf eine gewisse Zeitverschiebung bis die klammen Kommunal Finanzen sich hoffentlich wieder erholt haben. Abschließende Ergebnisse über die Förderhöhe und die Festlegung der beabsichtigten Rollbehälter- und Leiterstandorte erwarten wir im Rahmen einer vereinbarten Besprechung zwischen dem Landrat, den Bürgermeistern und den Fraktionsvorsitzenden.

In der Kürze unserer Haushaltsbetrachtung können nur einige Haushaltsüberlegungen thematisiert werden. Das vorgelegte Zahlenwerk wurde durch Sie, Herr Landrat, und Sie, Herr Kämmerer Hager umfassend erläutert. Für das erarbeitete Zahlenwerk gilt Ihnen und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landratsamtes unser herzlicher Dank. Unsere Zustimmung habe ich eingangs bereits signalisiert.

Unsere teilweise kritische Betrachtung ist keinesfalls als Schuldzuweisung in irgend einer Form aufzufassen. Die problematische Dimension dieses Haushalts und die zu erwartende noch schwierigere Entwicklung in 2011, glaube ich, ist jedem bewusst. Dass es nicht nur mit Aufforderung zur

Veränderung an Bund und Land getan ist, betone ich ebenfalls. Auch der Kreistag wird schmerzliche Einschnitte vornehmen müssen, die in Folge des Regionalproporz nicht einfach werden. Ob wir für solche Einschränkungsvorschläge externen Rat einholen sollten, kann unter Umständen geprüft werden.

Herr Landrat, bei der Vorberatung diese Etats im Kreisausschuss haben Sie zum Ritual der Haushaltsverabschiedung angeführt, dass diese für manch einem Sternstunden sind. Für den Kollegen Kaniewski war es immer der Tunnelblick, ob wir nun in das schwarze Loch erst eingefahren waren, oder ob wir bereits das Licht am Tunnelende erblickten.

Ich möchte die Haushaltsverabschiedung aber eher mit einem Vorgang in der Liturgie der katholischen Messfeier vergleichen. Es handelt sich um die sogenannte Inzenz oder Beweihräucherung.

Die Ministranten treten mit Weihrauchfass und Weihrauchbehälter zum Pfarrer hervor, dieser legt den wohlriechenden Weihrauch auf die brennende Kohle und die Ministranten beweihräuchern dann erst den Pfarrer und danach das Volk. Manche Ministranten legen außerhalb ihres Zuständigkeitsbereich eigentlich unberechtigt zusätzlich mehr Weihrauch auf die Kohle.

Dadurch fällt die wohlriechende Rauchentwicklung deutlich intensiver aus und es werden nebelähnliche Rauchschwaden erzeugt. Der Blick auf das Wesentliche ist dann manchmal etwas eingeschränkt.

Kann aber der teure Weihrauch in so üppiger Menge nicht mehr beschafft werden, so hat dies zumindest den Vorteil, dass der Blick auf das Bedeuten ungetrübt bleibt und eine Häufung von Hustanfällen vermieden wird. Dieser klare, weite Blick ist gerade für die Zukunftsentwicklung unseren Landkreis sehr wichtig.

Ob überhaupt und welche Personen bei unserer Haushaltsverabschiedung eventuell mit den tätigen Personen bei meiner Geschichte vergleichbar sind, überlasse ich ganz Ihrer Phantasie.

